

Initiative für mehr Arbeitsplätze in Ostdeutschland

„Gemeinsame Initiative für mehr Arbeitsplätze in Ostdeutschland“ von Bundesregierung, Wirtschaft und Gewerkschaften

Textauszug: „Eine gemeinsame Initiative muß sich an folgenden Leitlinien orientieren:

- Ziel des Aufbaus Ost ist der Aufbau einer Wirtschaft, die Einkommen und Investitionen zunehmend aus eigener Kraft erwirtschaftet und sich im internationalen Wettbewerb behaupten kann.
- Die Tarifpolitik muß neben ihren zentralen Aufgaben ihren Beitrag zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit erbringen, indem sich die Lohnentwicklung an der Leistungskraft der Unternehmen orientiert, also beschäftigungsgefährdende Kostenimpulse vermeidet.
- Die Wirtschaft muß dazu beitragen, daß sich die Chancen der Unternehmen auf nationalen und internationalen Märkten verbessern. Hierfür sollen insbesondere von den größeren Unternehmen in Industrie und Handel zusätzliche Initiativen zugunsten der ostdeutschen Wirtschaft ergriffen werden.
- Der Staat bleibt beim Aufbauprozeß in Ostdeutschland in der Pflicht. Dazu gehören wachstums- und beschäftigungsfördernde Rahmenbedingungen ebenso wie gezielte Fördermaßnahmen für ostdeutsche Unternehmen – insbesondere in der Industrie – auf ihrem Weg in die Wettbewerbsfähigkeit. Daneben bestehen auch bei der Infrastruktur – trotz beachtlicher Fortschritte – erhebliche Defizite.“

Zu Punkt III: Staat: Aufschwung Ost weiter aktiv unterstützen

„Die Bundesregierung wird die Wirtschaftsförderung auch in den kommenden Jahren auf hohem Niveau fortsetzen. Sie wird dabei in besonderer Weise dem kontinuierlichen Aufbau und der Sicherung der neu entstandenen mittelständischen Strukturen, insbesondere in der Industrie, Rechnung tragen.

- Die wichtigsten steuerlichen Fördermaßnahmen – z.B. die auf die Industrie konzentrierte Fortführung der Investitionszulagen und der Sonderabschreibungen – gelten bis Ende 1998. Die Bundesregierung hat ein Förderkonzept für den Zeitraum nach 1998 vorgelegt.

Die wichtigsten Eckpunkte sind:

- 1) Die steuerliche Förderung wird insgesamt auf hohem Niveau fortgesetzt. Dabei weitere Schwerpunktbildung im Bereich Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Handwerk, innerstädtischer kleinflächiger Handel). Zusätzlich Einbeziehung der produktionsnahen Dienstleistungen und des Leasings in die Förderung.
 - 2) Wegfall der Sonderabschreibungen, dafür eine deutliche Erhöhung der Investitionszulage mit besonderer Mittelstandskomponente.
 - 3) Konzentration der Förderung im Wohnungsbau auf die Modernisierung im Altbaubestand.
 - 4) Festlegung der Förderkonditionen für einen Zeitraum von sechs Jahren (1999 - 2004) statt bisher für zwei Jahre (mit Degression ab 2002).
- Die aktive Arbeitsmarktpolitik wird unter Berücksichtigung der Fortschritte bei der Stabilisierung der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt fortgeführt. Die Instrumente zur schnelleren Eingliederung in den 1. Arbeitsmarkt und die Erweiterung der produktiven Arbeitsförderung nach § 249h AFG (z. B. auch Einstellung in der gewerblichen Wirtschaft) werden voll eingesetzt.



- Für den „Eigenkapitalfonds Ost“ sind 1997 und 1998 wiederum jeweils 500 Mio DM vorgesehen. Damit können mittelständischen Unternehmen langfristiges Eigenkapital durch Unternehmensbeteiligungen (Beteiligungsfonds Ost der Kreditanstalt für Wiederaufbau) bzw. nachrangige unbesicherte, eigenkapitalähnliche Darlehen (Eigenkapitalergänzungs-Programm der Deutschen Ausgleichsbank) zu günstigen Konditionen zur Verfügung gestellt werden. Das bewährte Eigenkapitalhilfe-Programm, mit dem mittelständischen Unternehmen insbesondere in der Gründungsphase und bei grundlegenden Neu- bzw. Modernisierungsinvestitionen haftende Mittel zugeführt werden können, sowie die zinsgünstigen ERP-Darlehensmöglichkeiten werden in Ostdeutschland zunächst bis 1998 fortgeführt. Mit allen diesen Instrumenten kann ostdeutschen Unternehmen auch Risikokapital zugeführt werden. Auch das Instrument der Eigenkapitalbeteiligung durch mittelständische Beteiligungsgesellschaften der Länder steht in Zukunft weiter zur Verfügung.
- Für die Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft ist es außerordentlich wichtig, neue und konkurrenzfähige Produkte zu entwickeln und die industrielle Basis durch die Gründung innovativstarker neuer Unternehmen zu verbreitern. Um dies zu erreichen, müssen industriennahe Forschung und Innovation in den neuen Ländern weiter intensiviert und zukunftssträchtige Existenzgründungen unterstützt werden. Die hierzu notwendigen Eigenanstrengungen der Unternehmen und der Existenzgründer wird die Bundesregierung im Rahmen der industriennahen Forschungsförderung weiter unterstützen, so z.B. mit den Programmen „F+E-Personalförderung Ost (PFO)“, „F+E-Gemeinschaftsvorhaben Ost (FUEGO)“ und „Förderung und Unterstützung von technologieorientierten Unternehmensgründungen“ (FUTOUR). Hinzu kommen Initiativen der deutschen Wirtschaft entsprechend der Gemeinsamen Erklärung von Bundesregierung und Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft vom 30. Oktober 1995 zur Intensivierung der Industrieforschung in den neuen Bundesländern. Der jetzt vorliegende zweite Bericht zur Umsetzung dieser Gemeinsamen Erklärung dokumentiert die bisherigen Leistungen ebenso wie die Notwendigkeit weiterer Anstrengungen.
- Um verstärkt ausländische Investoren für Ostdeutschland zu gewinnen, ist eine Gesellschaft zur Investorenwerbung durch die Bundesregierung und die neuen Länder als Ergänzung zu den Wirtschaftsfördergesellschaften der Länder gegründet worden. Die Finanzierung von 50 Mio DM bis Ende 1999 erfolgt aus dem Parteienvermögen.
- Bei Unternehmen mit Konsolidierungsbedarf sind zunächst Eigentümer und Kreditinstitute gefordert. Liegt ein tragfähiges Unternehmenskonzept vor, sind Bund und Länder bereit, z.B. mit Bürgschaften und Mitteln aus dem Konsolidierungsfonds vorübergehend zu helfen.
- Die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) leistet bei der Rettung privatisierter Unternehmen im Rahmen des Vertragsmanagements Beiträge im Zuge sog. „konzertierter Aktionen“, für die in der Regel die Länder die Federführung übernehmen müssen. Voraussetzung sind das Vorliegen eines tragfähigen Fortführungskonzepts sowie Leistungen aller Beteiligten – vor allem BvS, Land, Eigentümer, Banken, Belegschaft. Bei gescheiterten Privatisierungen wird die BvS unter den gleichen Voraussetzungen auch weiterhin Auffanglösungen oder Weiterveräußerungen unterstützen.
- Der Infrastrukturausbau wird weiter vorangetrieben. Im Telekommunikationsbereich wird noch in diesem Jahr das gesamte Netz digitalisiert sein. Damit werden die neuen Länder über eine modernere Telekommunikationsinfrastruktur verfügen als die alten Länder. Schwerpunkt im Verkehrsbereich sind die „Verkehrsprojekte Deutsche Einheit“. Alle Projekte sind im Bau. Es ist Ziel der Bundesregierung, die Verkehrsprojekte in ihren wesentlichen Teilen bis Anfang des nächsten Jahrzehnts fertigzustellen.
- Um die Chancen für Wachstum und Beschäftigung auch vor Ort voll zu nutzen, können regionale Wirtschaftskonzepte wichtige Beiträge leisten. Leitidee ist das enge Zusammenwirken aller Verantwortlichen vor Ort und der gezielte Einsatz unterschiedlicher Förderinstrumente in der Region.“

Nach: Aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik Nr. 10/1997, 26. Mai 1997

